

**Änderungsantrag
(zu Drs 11/3655)**

Fraktion der SPD

Hannover, den 11. 12. 1989

Betr.: Zur Schonung der Wälder und zur Verbesserung der Verkehrssicherheit

Antrag der Fraktion der Grünen — Drs 11/3655

Beschlußempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr — Drs 11/4607

Der Landtag wolle den Antrag in folgender Fassung beschließen:

EntschlieÙung

I. Der Landtag miÙbilligt die Haltung der Landesregierung zur Einführung von Tempobegrenzungen auf Autobahnen, Bundes- und LandstraÙen sowie auf StraÙen des innerörtlichen Verkehrs. Er kritisiert insbesondere das ablehnende Verhalten der Landesregierung zur generellen Herabsetzung der Innerortsgeschwindigkeit von 50 km/h auf 30 km/h — mit Ausnahme der DurchgangsstraÙen — anläÙlich der Beratungen des Bundesrates über die Änderung der StraÙenverkehrsordnung am 22. 9. 1989.

Aufgrund des Waldzustandsberichtes 1989 der Bundesregierung und der darin festgestellten weiteren Zunahme deutlicher Schäden bei den Laubbäumen sowie aufgrund des anhaltenden Anstiegens der Luftschadstoffbelastung vor allem bei Stickoxyden durch den Personen- und Lastkraftwagenverkehr und der Zunahme schwerer Verkehrsunfälle fordert der Landtag die Landesregierung auf:

- II. 1. im Bundesrat einen neuen Initiativantrag zur Änderung der StraÙenverkehrsordnung einzubringen mit folgenden Geschwindigkeitsbeschränkungen:
- auf Autobahnen 120 km/h
 - auf Bundes-, Landes- und KreisstraÙen 90 km/h
 - auf innerörtlichen StraÙen (30 km/h)
 - auf innerörtlichen Durchgangs- und HauptverkehrsstraÙen (50 km/h),
2. über den Bundesrat und über weitere politische Initiativen auf eine alsbaldige Einführung der Katalysatorpflicht hinzuwirken,
3. den Landeseinfluß auf den Volkswagenkonzern zu nutzen, um dieses Unternehmen zu veranlassen, über eine Selbstverpflichtung nur noch Kraftfahrzeuge mit geregelten Katalysatoren bzw. bei Dieselmotoren mit optimaler Reduzierung des Schadstoff- und PartikelauÙstoÙes herzustellen,
4. auf die Bundesregierung einzuwirken, daÙ durch Änderung der Verkehrs- und Bundesbahnpolitik der Gütertransport alsbald soweit irgend möglich von der StraÙe auf die Schiene verlagert wird,

5. auf die alsbaldige Einführung der verschärften Abgasbestimmungen für Lastwagen hinzuwirken und der Forderung Nachdruck zu verleihen, daß den bundesdeutschen Herstellern von Dieselmotoren und Nutzfahrzeugen Entwicklungsziele für drastische Abgasminderungen vorgegeben werden,
6. in Zusammenwirken mit der Bundesregierung darauf zu drängen, damit auch in der Europäischen Gemeinschaft alsbald die Pflichteinführung geregelter Katalysatoren für alle PKW, die notwendige Reduzierung des Schadstoffausstoßes bei LKW, die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene und die erforderlichen Geschwindigkeitsbeschränkungen vereinbart und durchgesetzt werden,
7. die Bundesregierung aufzufordern, wie angedeutet die Kraftfahrzeugsteuer nach dem Kraftstoffverbrauch und dem Schadstoffausstoß zu bemessen und den öffentlichen Personennahverkehr wirksam zu fördern,
8. bei den nunmehr erforderlichen Wirtschaftshilfen für die DDR die Umstellung der dortigen Kraftfahrzeugproduktion auf schadstoffarme Fahrzeuge vorrangig zu fördern.

Schröder

Fraktionsvorsitzender